

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Dritter Band)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 95.

Berlin, Mittwoch, 27. November 1912.

Viernundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Zur Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen. — „Eher kommt es zu einer Trennung von Rom“. — Gebt Arbeit statt Almosen! — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Leit. — Verbands-Leit. — Literatur. — Anzeigen.

Zur Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen.

Am Dienstag ist der Reichstag endlich wieder zusammengetreten. Mit größerer Spannung als je werden seine Verhandlungen erwartet. Ginz doch schon seit Monaten der dringende Wunsch durch das Volk, daß der Reichstag einberufen werden möchte, einmal um Abhilfe gegen die Leuerungsverhältnisse zu schaffen, dann aber auch, um von der Regierung Auskunft zu erhalten über ihre Stellung zu den Balkampirren, die wie finstere Gewölbe den politischen Himmel verdunkeln. Diesem Wunsche des Volkes hat man nicht Rechnung getragen. Umso eindringlicher werden seine Vertreter jetzt darauf bestehen müssen, daß man einigermassen Arbeit schafft.

Anliegen an die Volksvertretung hat auch die Arbeiterwelt genug. In unsem „Lohnbuch“, das soeben verhandelt worden ist, hat der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt unsere Forderungen an den Reichstag in einem kurzen Artikel zusammengefaßt. Zur Information für diejenigen Abgeordneten, die sich die Erfüllung unserer Wünsche angelegen sein lassen wollen, seien sie hier kurz wiedergegeben:

„Unsere dringendste Forderung an den Reichstag betrifft die Frage der Lebensmittelpreiserhöhung für die arbeitende Bevölkerung bzw. für das deutsche Volk. Wir haben auf diesem Gebiete so schlimme Dinge erleben müssen, wie sie in der Zeitgeschichte keinem anderen Volke zugemutet worden sind. Unsere Großstädter bestaunen den Roggen mit Gasse der Ausfuhrschiffe ins Ausland zu billigeren Preisen, als wie ihn hier erziehen können, um seinen Preis in Deutschland möglichst hoch zu treiben. Die Einfuhr von Getreide wird aber erschwert und jedenfalls verteuert durch die darauf lastenden hohen Zölle. Auf diese Weise erzielen die Kornbauern hohen Großgrundbesitzer zwei Antriebe zur Steigerung der Preise. Bei dem Preis wird es wieder mit Hilfe der Gebietsbehörden geschehen. Der große Landwirt besitzt die Produktion durch hohe Zölle auf Futtermittel erschwert. Die Zölle auf Fleisch und die Grenzschranken gegen Vieheinfuhr befragen das übrige. Die Steuern für das Reich müssen aufgehoben werden, und man wird nicht nurgerade auf alle indirekten Steuern verzichten können, aber hohe Steuern auf unentbehrliche Lebensmittel, die ohnehin im Preise steigen, müssen als eine schwere Verdrückung an dem Volk und seiner geistigen Entwicklung gebendmarkt werden. Reichstag hilf, schaffe Recht und Gerechtigkeit, nimm dich des Volkes an! Es ist unerträglich geworden, was das Volk jetzt zahlen muß für eine notwendige Ernährung.“

Wir wünschen ferner, daß der Reichstag das Koalitionsrecht nicht verächtlich, wie es von einer arbeitserfindlichen Presse vielfach verlangt wird. Wir wünschen einen Ausbau des Koalitionsrechts und haben in einer Petition an den Reichstag näher dargelegt, wie wir uns die Sache denken (Nr. 35 des „Gewerksvereins“, Jahrg. 1912). Natürlich wollen wir auch, daß die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter auf diesem Gebiete nicht länger als die Parias der Gesetzgebung behandelt werden; denn ihre Rechtsstellung bedarf der Ordnung im modernen Sinne ganz besonders dringlich.

Wichtig ist uns auch, daß im Reichsamt des Innern eine Zentralstelle zur Pflege und Förderung des Tarifwesens errichtet wird, die zu einer obersten Instanz (Reichsvereinigungsamt) zur Schlichtung und Vermittlung von Arbeitsverhältnissen größeren Umfangs auszubauen wäre. Dem Tarifvertrag

muß gesetzlich Gewalt verliehen werden, wenn er auf legitimen Wege zustande kam. Ginzgehört, daß die Reichstische der Berufsvereine aller Art eine freibeitliche privot- und öffentlich-rechtliche Regelung erfahren.

Vieles ist noch zu tun zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter in der schweren Industrie, im Bergbau und im Baugewerbe. Auch hierin sind dem Reichstage unsere dringlichsten Wünsche unterbreitet worden. Wir wissen, daß nicht alles auf einmal geziehen kann und halten daher mancherlei Wünsche zurück, um das Dringliche um so nachdrücklicher fordern zu können. Im neuen Jahre werden wir nicht verfehlen, weitere Wünsche zugunsten der Arbeiter geltend zu machen. Es darf zur Sozialpolitik keinen Stillstand geben. Das hat zur Eröffnung des neuen Reichstags am 7. Februar 1912 auch die Thronrede ausdrücklich anerkannt durch das Wort: „Denn die Entwicklung steht nicht still.“ Als Gewerksvereiner wollen wir allezeit unsere Pflicht tun im ernsten Mitbilden, daß es vorwärts geht in der Ausbildung des Arbeiterrechts, der Versicherungsgesetzgebung und des Arbeiterschutzes. Die Arbeiter bilden die heilige Masse des Volkes, von deren geistigen und wirtschaftlichen Können in hohem Maße die Zukunft von Volk und Vaterland abhängt. Unser Streben auf diesem, wie auf allen anderen Gebieten hat daher zum Ziel, in immer höherem Maße schaffen zu helfen ein gesundes Volk und ein starkes Vaterland.“

Das ist so der Kern der Forderungen, die wir an den Reichstag zu stellen haben, neben denen aber noch eine ganze Reihe von kleinen Wünschen läuft. An eine Reform der Arbeiterversicherung ist ja in dieser Session noch nicht zu denken. Wenn wir deshalb darüber schweigen, so heißt das nicht, daß wir ein für allemal auf unsere Wünsche damit verzichtet haben. Aber auf zwei Dinge sei noch besonders heute hingewiesen. Wie mit Sicherheit verlautet, wird sich der Reichstag mit einem Gesetzesentwurf betreffend die Konkurrenzfähigkeit zu beschäftigen haben. Wir erwarten, daß dieses Gesetz, dessen Grundzüge wir bereits veröffentlicht haben, den Forderungen der kaufmännischen Angestellten mehr angepaßt wird, daß vor allen Dingen aber auch die Vorschriften über die Konkurrenzklause nicht nur auf kaufmännische, sondern auch auf gewerbliche Angestellte und Arbeiter ausgedehnt werden. Ferner möchten wir auf das in Aussicht genommene Petroleummonopol kurz hinweisen. Wir verkennen die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiete vorhanden sind, keineswegs, müssen aber unbedingt verlangen, daß vom Reichstage Vorjorge getroffen wird, daß nicht eine neue Schröpfung der Konsumenten eintritt. Auf der Bevölkerung liegen heute schon so ungeheure Lasten, daß eine weitere Verteuerung eines so notwendigen Bedarfsmittels, wie es das Petroleum ist, unbedingt vermieden werden muß. Der Reichstag hat dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk durch das neue Gesetz nicht vom Regen in die Traufe kommt.

Die Zusammenziehung des deutschen Reichsparlamentes ist gegenwärtig einer freibeitlichen Entwicklung nicht gerade unangünstig. Möge es also die günstige Gelegenheit nicht unbenuzt vorbegeben lassen.

„Eher kommt es zu einer Trennung von Rom.“

Der unter der gleichen Überschrift in unserer Nummer 84 veröffentlichte Aufsatz hat Herr Pastor Ugnad-Zwidau Anlaß zu einem „Eingeländt“ in Nr. 24 des „Sächs. Evang. Arb.-Bl.“ gegeben. Unsere Bezirksleiter im Königreich Sachsen, die Kollegen Berndt-Dresden, Fla-

chemnitz und Sauer-Leipzig aber haben gegen den Inhalt dieses „Eingeländt“ Protest eingelegt.

Bekanntlich war Herr Pastor Ugnad in der fraglichen Versammlung in Zwidau vorgehalten worden, daß er in neuerer Zeit — entgegen den Beschlüssen des Hauptvorstandes wie auch des Sächsischen Landesverbandes Evangelischer Arbeitervereine, die auf gleich freundliche Stellung zu den beiden auf nationalem Boden stehenden Arbeiterberufsvereinen: Gewerksvereine (Kirch-Dunder) und Christliche Gewerkschaften, lauten — sich einseitig für die letzteren betätigte. Herr Pastor Ugnad behauptet nun in dem „Eingeländt“, daß er ausdrücklich erklärt habe, daß er lediglich für seine Person, und zwar als Mitglied der christlich-sozialen Partei und der „Freien kirchlich-sozialen Konferenz“ für die christlichen Gewerkschaften ganz besonders viel übrig habe. Er gibt aber zu, daß im Zwidauer Kreisverbande — dessen Vorsitzender Herr Pastor Ugnad selber ist — tatsächlich ein Beschluß gefaßt worden ist, der den Beschlüssen des Hauptverbandes und des sächsischen Landesverbandes zuwiderläuft. Herr Pastor Ugnad willt mit dem „sehr viel übrig haben“ auf die Sammellisten der „Freien kirchlich-sozialen Konferenz“ zur Anstellung christlicher Initiationssekretäre im Königreich Sachsen an. Solche Sekretäre sind bereits in Dresden und Leipzig mit Hilfe der Ergebnisse dieser Sammellisten in Funktion getreten. Hier knüpfen unsere Bezirksleiter in ihrer Erwiderung an und sagen:

Herr Pastor Ugnad überieht dabei offenbar, daß sowohl der Gesamtverband als auch der sächsische Landesverband Ev. Arb. V. auseinanderfallen würde, wenn jedes andere Vorstandsmitglied und jeder andere Kreisverband das selbe Recht für sich in Anspruch nehmen und im Gegenzuge zu ihm zum Nachteil der Christlichen sich betätigen würde. Doch das nur nebenbei! Ungleich schwerer wiegt der von Herrn Pastor Ugnad erhobene Vorwurf, daß ihm „von Kirch-Dunder“ Seite mit dem Austritt aus der Landeskirche gedroht wurde, wenn er für die Christlichen arbeitete. Wer ist diese kirchlich-Dunderische Seite? Bezieht sich diese Bemerkung auf denselben Vorgang, der in dem Bericht des bisherigen kirchlichen Bezirksleiters Reichert-Chemnitz an das Organ des Verbandes der christlichen Metallarbeiter über die Zwidauer Versammlung am 13. Oktober geschildert und in dem das Gewerksvereinsmitglied Wolf-Zwidau als Uebelthäter genannt wird? Wenn ja, dann ist darauf zu verweisen, daß bereits in Nr. 47 des „Regulator“ ein Teilnehmer an der Zwidauer Versammlung, (nebenbei bemerkt, ein sehr mehr als 10 Jahren in den evangelischen Arbeitervereinen: tätiges Mitglied) den Nachweis geführt hat, daß dieser Vorwurf zu Unrecht erhoben wird. Wolf hat lediglich gesagt, ihm sei aus angetretenen Vorkerkreisen mitgeteilt worden, daß durch die Art und Weise, wie Pastor Ugnad sich neuerdings bewegt, sehr viel Mißtrauen entstanden sei und dies bereits soweit gehe, daß mit Austritt aus der Landeskirche gedroht wird. Von sich selbst oder von seinen Freunden, hat Wolf in keiner Weise dies behauptet und hat dies wiederholt festgesetzt. Daraus ergibt sich, daß Herr Pastor Ugnad nicht auf unterrichtet war, als er obigen Vorwurf erhob. Die Unterzeichneten bestreiten deshalb auf das entschiedenste jede Verletzung zu einem derartigen Vorwurf und stellen fest, daß in keinem einzigen Ortsverein oder Ortsverbande, noch sonstiger Instanz der Deutschen Gewerksvereine im Königreich Sachsen je die Frage des Austritts aus der Lan-

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 26. November 1912.

beskriftet diskutiert worden ist, oder in Zukunft diskutiert werden wird, geschweige daß irgend eine „Sirsch-Dunderjche Seite“ eine dabin-gebende Drohung auszusprechen befaht ist.

Alle diese Laßfahen werden aber noch überboten dadurch, daß Herr Pastor Ungnad es für angebracht gehalten hat, in seinem „Eingekandt“ die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine aus der menschlichen Gesellschaft zu streichen und in das Tierreich einzureihen. Gewiß, Herr Pastor Ungnad hat die Bezeichnung als „Sirsche“ für die auf freihändlerisch-nationalem Boden stehenden Deutschen Gewerksvereine nicht selbst erfunden. Weiter soll anerkannt werden, daß Herr Pastor Ungnad es verschmäht hat, die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine in die niederen, wenn auch vielleicht nützlicheren Säugetiere einzureihen. Immerhin war diese Form der Bekämpfung bisher ein unbefristeter Vorrecht der erbitterten Gegner der Deutschen Gewerksvereine, derjenigen Segner, die sachliche Gründe nicht vorzubringen hatten. Ihre sonstigen zahlreichen Widerlächer haben diese Form der Bekämpfung bisher verschmäht.

Es bedarf hoffentlich nur dieses Protestes, um Herrn Pastor Ungnad mit seiner Stampfmethode zu isolieren.

Wagt Arbeit statt Almosen!

Seit einer Reihe von Jahren sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland günstig. Keine Krise oder schwere Erschütterung hat dem Geschäftsleben empfindliche Schäden zugefügt, fast überall trifft man auf eine ruhige ständige Entwicklung. Also hieran kann es nicht liegen, wenn der Kampf um das tägliche Brot härter geworden ist. Er ist das namentlich in den Großstädten, die zwar viel Erwerbsgelegenheit bieten, aber auch eine weite Grabstätte für zu hochgepannte Hoffnungen, ein großes Ruinenfeld für schwache Charaktere sind. Wander, der aus seinem Dorf oder Landstädtchen mit glänzenden Erwartungen in die Großstadt ging, landet dort schließlich, von launigen Mägelsolgen zerichlagen, an Seele und Körper verderben im Asyl für Obdachlose.

Auch die Zahlen dieser letzten Zustandskriterien reden eindringlich von dem neben allem wachsenden Brunk und trotz aller sozialen Fürsorge äröker gewordenen Elend der Großstadt. In Berlin wächst in jedem Jahr die Zahl der Gäste des Asyls für Obdachlose sehr auffallend. In den Jahren von 1895 bis 1900 beherbergte das Asyl jährlich etwa 300 000 bis 400 000; nach 1907 stieg der Beisid jedoch wie folgt: 1908: 858 085, 1909: 961 986, 1910: 1 015 373, 1911: 1 200 000; ohne die weiblichen Gäste, die neben diesen erschreckenden Ziffern für die männlichen Weischer nicht in Betracht kommen. Aus allen Winkeln der Weltstadt wanden die Unglücklichen und Elenden des Abends der ostlichen Stätte zu. Dst ist es eigene Schuld, die sie so weit herunter brachte. Eine verhängnisvolle Rolle spielt auch hier der Alkohol. Die meisten haben sich diesem falschen Freund als letztem Tröster willenlos ergeben. Sie können, wenn überhaupt, nur durch einen längeren Aufenthalt in einer sachverständig geleiteten Trinkerheilanstalt arretiert werden. Aber man weiß ja, wie gerade in dieser Hinsicht überall die Mittel fehlen. In der Umgegend des Asyls haben sich zahlreiche Giftneben aufzetaen. Diese leben im wesentlichen nur von den Obdachlosen, die hier ihre Bettelpennnie in Fudel ordinärster Sorte umziehen. In dieser Gegend war bekanntlich auch die Quelle der Methylnalkoholverfälschungen.

Es ist einigermaßen zu verwundern, daß man in Berlin joldem bedenkliden Anwachsen der Obdachlosenziffer nicht durch zweckentsprechende soziale Maßregeln zu begegnen sucht. Nicht das Almosen ist die größte Wohlthat für den Notleidenden, sondern die Arbeit. Keine Verpflegung ohne Gegenleistung. Dieses Problem mühte unbedingt von den zuständigen Verwaltungen gelöst werden. Nur gegen solche Obdachlose, die selbst zu leichter Arbeit durch Krankheit, Krüppelhaftigkeit oder Alter unfähig sind, sollte der Grundbesitz der Gegenleistung nicht angewendet werden. Aber diese Armen gehören überhaupt nicht in ein Asyl für Obdachlose; sie sind in Armen-, Kranken- und Irrenhäusern unterzubringen. Gibt man den Tauglichen Arbeit statt Almosen und überführt die ärmlichen Untauglichen in berartige Anstalten, so wird man für diese einen erheblichen Teil der bisherigen Kosten der Obdachlosenasyls aufwenden können. In Berlin — und auch anderwärts — würde man mit einer berartigen Maßregel sozialer Fürsorge zahlreichen Elenden die Hand zum Wiederaufstehen bieten und gleichzeitig eines der dunkelsten Zeitbilder auslöschen.

Einer großen Pflichtverletzung machen sich alle diejenigen Ortsvereinsvorstände schuldig, welche bisher noch keine Bestellkarte für das Verbandsorgan „Der Gewerksverein“ an das Verbandsbureau Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 eingekandt haben. Wo die Vorstandswahlen noch nicht stattgefunden haben, zögere man mit der Bestellung trotzdem nicht. Es genügt zunächst eine einzige Adresse, an welche die Pflichteremplare gesandt werden sollen. Besondere Mühe bezüglich der Verteilung können dann für das kommende zweite Vierteljahr berüchsigtigt werden. Nachdem der 25. November als Termin für die Einwendung der Bestellkarte verstrichen ist, eruchen wir dringend, daß die Ortsvereine das Veräumte sofort nachholen. Bei der großen Ueberlastung des Berliner Postzeitungsamts am Jahreswechsel können wir für eine pünktliche Erledigung aller nachkommenden Bestellungen eine Garantie nicht übernehmen.

Bestellungen auf unser Taschenbuch sind noch in der vergangenen Woche beim Verbandskassierer eingegangen. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieselben nicht mehr berüchsigtigt werden können, da die gesamte Auflage vergriffen ist. Es ist bedauerlich, daß manche Ortsvereine dadurch keine Taschenbücher erhalten. Die Schuld dafür trifft sie selbst, da sie rechtzeitig und oft genug an die Bestellung erinnert worden sind. Vielesicht ziehen sie daraus eine Lehre für die Zukunft. Für dieses Mal bitten wir von weiteren Bestellungen abzusehen, da Mühe und Geld vergeblich angewandt werden.

Eine Feuerungskonferenz ist am vorigen Freitag im Reichsausschuß des Innern zum ersten Male zusammengetreten. Angekündigt worden ist sie vom Reichskanzler bereits im Oktober, als im preussischen Abgeordnetenhaus die Interpellation wegen der Fleischsteuerung beraten wurde. Damals wies Herr v. Bethmann Hollweg auf die außergewöhnlichen Schwankungen der Preise für Schweinefleisch hin, die seiner Ansicht nach ihre Erklärung nicht in den natürlichen Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage oder der Kosten der Produktion finden. Im Zusammenhange mit diesen Schwankungen ständen die sich immer wiederholenden Klagen über unnatürliche Spannungen zwischen Vieh- und Fleischpreisen. Diese Erscheinung wird zum Teil mit zurückgeführt auf Kredit- und Abhängigkeitsverhältnisse, die sich namentlich auf den großen Märkten zwischen den an Geschäft beteiligten Perionen, zwischen den Kommissionären, den Händlern und Fleischern eraeben haben.

Mit der Prüfung dieser Fragen ist nun jene Feuerungskonferenz beauftragt, die außer den Regierungsvertretern etwa 30 Mitglieder zählt. Oberbürgermeister, Schlachthofdirektoren, Fleischermeister, Vertreter der Kommissionäre und Händler usw. sitzen neben Landwirten, um gemeinschaftlich die Beratungen vorzunehmen. Das aaratische Element überwiegt bei weitem. Der ärökste Manal aber, der dieser Kommission anhaftet, besteht darin, daß der Rahmen der Beratungen viel zu eng gezogen ist. Die Konferenz soll sich lediglich bechränken auf die Faktoren, die für die Preisbildung des Fleisches vom Verkaufe im Stalle bis zur Abgabe im Fleischladen maßgebend sind. Mit anderen Worten heißt das, daß die Kommission ihr Interesse ausschließlich dem Zwischenhandel zuwenden soll. Die Berechtigung der Preisfestsetzung durch die Viehzüchter soll nicht berührt werden, sondern allein der Aufschlag, den der Viehhändler und der Fleischer für sich in Anspruch nehmen. Die Prüfung der Gestaltung der Preise wird also an der Oberfläche haften bleiben. Offenbar geht der Reichskanzler von der Ansicht aus, daß die Fleischsteuerung mit unierer Wirtschaftspolitik nicht das mindeste zu tun hat. Hier mühte der Sabel angeleht werden, wenn die Konferenz überhaupt einen Zweck haben soll.

Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Beratungen völlig unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden und die Kommissionsmitglieder erucht worden sind, strenge Vertraulichkeit über die gepflogenen Verhandlungen zu beobachten. Trotzdem wird ja das eine oder das andere aus den Verhandlungen an die Öffentlichkeit hindurchsickern. Graf-

tische Erfolge vermögen wir uns nicht allzuviel zu versprechen.

Ueber die durch den außerordentlichen Wagenmangel geschaffene Verkehrsverlage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet fand Ende voriger Woche in Eisen unter dem Vorsitz des preussischen Eisenbahnministers v. Breitenbach eine Besprechung statt, an der außer verschiedenen hohen Regierungsbeamten auch Vertreter der Industrie und des Handels teilnahmen. Herr v. Breitenbach berichtete über das Ergebnis seiner Revisionsreise und glaubte feststellen zu können, daß die Verkehrsverlage sich wesentlich gebessert habe und daß, wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, eine baldige Beseidung der Verhältnisse erhofft werden könne. Er hob ferner mit Genugtuung hervor, daß das Personal in jeder Weise seine Zuverlässigkeit getan habe und noch tue; er könne die Diensttreue und den Diensteifer des Personals nur durchaus anerkennen. Der Minister gab sodann einen Ueberblick über die Bautätigkeit der Eisenbahnverwaltung und verlieh seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß die Durchführung der Bauprogramme wesentlich beschleunigt werden müsse. Er stellte den sofortigen Ausbau zahlreicher Bahnhöfe und Abfuhrlinien in Aussicht und teilte mit, daß über das festgelegte Bauprogramm hinaus erhebliche Beträge aufgewendet würden, um schon bis zum nächsten Herbst die Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes wesentlich zu erhöhen. Auch die Verstärkung des Betriebsmittelparks solle in beschleunigtem Tempo erfolgen.

Mit dieser Zukunftsmusik fand der Minister bei dem größten Teil seiner Zuhörerlichkeit nicht den erwarteten Beifall. Die Herren Grundbesitzer, die an der Besprechung teilnahmen, fühlen an ihrem eigenen Portemonnaie die Folgen des Wagenmangels und ließen es daher an Vorbürten nicht fehlen. In der „Rhein-Westf. Zig.“ gibt ein Teilnehmer eine Schilderung, in der deutlich zum Ausdruck kommt, wie die Herren mit dem preussischen Minister umgegangen sind. Die Diskussion wurde danach schließlich so heftig, daß der Oberpräsident der Rheinproving, Herr v. Rheinbaben, erklärte, daß man auf diesem Wege nicht weiterkäme, und hat, einen andern Ton anzuschlagen. Der Minister fand in der ganzen Versammlung nur einen einzigen Verteidiger, ein Beweiss, wie gereizt die Stimmung und wie groß die Erbitterung über die mangelhaften Verkehrsverhältnisse sind. Schuld daran aber sind jene Herren, die wir bereits früher angedeutet haben, selbst, da sie bei den Wahlen stets diejenigen Parteien unterstützen, die von einer wirksamen und draktischen Verkehrsreform nichts wissen wollen.

Ueber die Gewährung von Dänen an Schöffen und Geschworene finden zurzeit im Bundesrat Beratungen statt, die durch einen dahingehenden Antrag der siddentischen Bundesstaaten Bayern, Württemberg und Baden veranlaßt sind. Daß die Bundesregierung dem Antrag zustimmen werden, läßt sich annehmen, da bereits in der Vorlage zu einer Strafprozessreform, die die Zustimmung des Bundesrats gefunden hatte, die Tazageelder an Schöffen und Geschworene in Voranschlag abbracht waren. Auch der Reichstag hat sich wiederholt dafür ausgesprochen. Man kann daher annehmen, daß, falls die Reichsregierung sich entscheidet, diesen Teil der früheren Strafprozessreform als selbständige Vorlage einzubringen, sie auch die Zustimmung des Reichstages finden wird. Nach bisherigem Recht erhalten Schöffen und Geschworene nur eine Vergütung der Reisekosten; den im übrigen mit der Ausübung des Amtes verbundenen Aufwand müssen sie selbst tragen. Perionen, die glaubhaft machen, daß sie dazu nicht imstande sind, dürfen die Berufung zum Amte eines Schöffen oder Geschworenen ablehnen. Wenn nun auch richtig ist, daß die Ausübung des Laienrichteramts eine Ehrenpflicht des Staatsbürgers bildet, für die er bereit sein muß, in gewissem Umfange wirtschaftliche Opfer zu bringen, so hat doch das bisherige Recht zu dem unerwünschten Zustand geführt, daß wenig bemittelte Perionen vom Laienrichteramte ausgeschlossen werden, obwohl sie an sich dazu geeignet sind. Es ist aber im Interesse des Vertrauens in die Rechtspflege selbstverständlich erwünscht, daß die Ausübung des Laienrichteramts allen dazu geeigneten Perionen ermöglicht wird, auch wenn sie nicht in der Lage sind, eine Vermögenseinbuße dafür zu ertragen.

Auch wir wünschen dringend, daß die Einführung von Tazageeldern für Schöffen und Geschworene endlich beschlossen wird; es würde damit nur eine Forderung erfüllt werden, die aus den Kreisen der Arbeiter schon sehr oft erhoben worden ist.

Arbeiterbewegung. In Wiesbaden haben die in den Papierwarenfabriken streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Kampf aufgeben müssen. Nur in zwei kleineren Betrieben sind ihnen geringfügige Verbesserungen in Aussicht gestellt worden, während die größeren Firmen jedes Entgegenkommen ablehnen haben. — Auch die Leipziger Buchhändler wollen von Zugeständnissen an die Markthelfer nichts wissen, iudag die Bewegung ihren Fortgang nimmt. — In der Textilindustrie von Göttingen haben die streikenden und ansauernden Arbeiter nach 9 Wochen langem Kampfe sich den Bedingungen des Arbeitgeberverbandes gefügt und die Arbeit wieder aufgenommen. — Differenzen über die Entschädigung von Ueberstunden sind in der Färberei von Zirkranz u. Co. in Glau-chau i. Sa. ausgebrochen. Nachdem die Arbeiter die Sperre über den Betrieb verhängt hatten, hat der Verband der sächsisch-thüringischen Färbereien beschlossen, sämtliche ihm angehöriaen Betriebe zu schließen, wenn die Sperre bis Montag nicht wieder aufgehoben ist. — In der Wirtidenschaft von Forster in Galtberstadt dauern die Differenzen ebenfalls fort.

Ein größerer Kampf icheint sich in der Baumwollindustrie von Rajasthan (Ber-einigte Staaten) vorzubereiten. Nachdem den Arbeitern bereits im Frühjahr eine 10proz. Lohn-erhöhung bewilligt worden ist, haben jetzt Arbeitersekretäre, die rund 30 000 Arbeiter vertreten, die Arbeitgeber um Veranstaltung einer Konferenz er-jucht, in der die Frage weiterer Lohn-erhöhungen be-sprochen werden soll. Ueber die Stellung der Unternehmer zu diesem Erjuchen ist noch nichts be-kannt. — Der Streik der Buchdrucker in Mailand ist mit einem Erfolge für die Arbeiter beendigt worden, da ihnen nicht unerhebliche Lohn-erhöhungen in dem neubewilligten Tarif gewährt worden sind.

Zu einer endgültigen Stellungnahme zur päpstlichen Enghilika ist auch der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der am 21. d. Mts. in Köln getagt hat, nicht gekommen. Er hat vielmehr beschlossen, zur Klärung der ganzen Angelegenheit zum 26. November einen außerordentlichen Gewerkschaftsfongreß nach Essen einzuberufen, auf welchem der Generalsekretär Stegerwald das Haupt-referat halten wird.

Inzwischen gehen die Erörterungen in der Öffentlichkeit weiter. In einer von Zentrum ein-berufenen Versammlung in Köln hat der ehemalige Vertreter dieses Wahlkreises im Reichstage, Rechts-anwalt Trimborn, einen Vortrag gehalten, in welchem er die ganze Angelegenheit ziemlich harm-los hinstellte und den christlichen Gewerkschaften nach wie vor den besten Erfolg wünschte. Troz-dem verhehlt man sich im Zentrumslager keines-wegs, daß die Situation für diese Gewerkschafts-richtung zur Zeit eine recht kritische ist. Die „Hi-storisch-politischen Blätter“, eine Zentrumszeit-schrift, schreiben u. a. in ihrem neuesten Heft:

„Aus all dem ergibt sich, daß zwar gegen den bisherigen Bestiand der christlichen Ge-werkschaften nichts geschehen soll, diese vielmehr als zulässig gebildet werden sollen, daß sie auch für Katholiken nach wie vor in solchen Gegenden, in denen für die rein katholischen Organisationen kein Platz ist, in Betracht kommen. Dagegen hat jede Weiter-breitung der christlichen Gewerkschaften in katholischen Gegenden um, zumunehmen der katholischen Organisationen unter allen Um-ständen zu unterbleiben. Ueberdies sind auch in jenen Gebieten, wo die christlichen Gewerkschaften bereits bestehen, für die aber im übrigen nach der Enghilika rein katholische Arbeitervereine in Betracht kommen können, solche rein katholischen Organi-sationen ins Leben zu rufen, auf ohne Rücksicht darauf, daß dadurch in einer Diözese die einheitliche Organisationsform durchbrochen wird. Zweifellos wird die Enghilika Wachstum und Entfaltung der rein konfessionellen Arbeiterorganisationen bedeutend fördern.“

Das scheint in der Tat zuzutreffen, denn der Wind weht bereits aus einer für die christlichen Ge-werkschaften recht ungünstigen Richtung. So soll nach der „Deutschen Vereinigungskorrespondenz“ auf dem Delegiertentage der katholischen Arbeiter-vereine, Siz Berlin, aus der preußischen Grafschaft Glatz, die zur Erzdiözese Prag gehört, ein Schreiben des Prager Erzbischofs verlesen worden sein, dessen Schlusssätze heißen: „Se. Eminenz wünscht sehr lebhaft den Zusammenichluß aller ka-tholischen Arbeiter der Grafschaft in den katho-lischen Arbeitervereinen und deren Anschluß an den Berliner Verband“. Diese Nach-richt hat viel Wahrscheinliches für sich, denn sie ent-spricht nur der Auffassung des Papstes, der bei den Auseinandersetzungen mit dem bekannten Uldore

Seiner über die Gewerkschaftsfrage, in denen mehr Zugeständnisse für die christlichen Gewerkschaften herausgeholt werden sollten, zum Schluß mit Bezug auf diese die Antwort gab: „Aprobieren? Nie! Nie! Dulden? Ja!“

Wir müssen von all diesen Auslassungen, die wir für die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften und damit der deutschen Arbeiterbewegung für außerordentlich bedeutsam halten. Kenntnis nehmen. Geipannt darf man sein, wie zu alledem sich der außerordentliche Kongreß der christlichen Gewerkschaften stellen wird.

Konservative Arbeiterfreundlichkeit. Vor kurzem hat in Berlin der weitere Vorstand der konser-vativen Partei getagt und sich auch mit der Land-arbeiterfrage beschäftigt. Wie die „Koni. Korre-spondenz“ mitteilt, war man sich darüber einig, daß man der Lage der Landarbeiter eine erhöhte Auf-merksamkeit zuwenden müsse. Von einer Klassen-organisation der Landarbeiter will die konser-vative Partei jedoch nichts wissen; wohl aber will sie „alle wahren Interessen der Landarbeiter auf lokal-dezentralisierter Basis unter veritärter Veran-ziehung bestehender wirtschaftlicher oder behörd-licher Organisationen“ unterstützen und alle geeig-neten Mittel, die der Interessengemeinschaft iowohl der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber dienlich sind, wahrnehmen.

Also von der Organisation der Landarbeiter, die allein imstande wäre, bessere Verhältnisse zu schaffen, soll keine Rede sein. Wirtschaftliche oder behördliche Organisationen, worunter man offenbar die Landwirtschaftskammern und die Landrats-ämter versteht, sollen zur Hebung der Lage der Landarbeiter im veritärten Maße heranzuzooen werden. Außerdem will man danach streben, daß nur ja kein Zusammenhang zwischen den Land-arbeitern geschaffen wird, sondern daß sie hübsch „dezentralisiert“ bleiben. Diese Art der Fürsorge für die Landarbeiter sieht den Konservativen wirk-lich ähnlich. Glaubt man denn aber, daß man auf diese Weise die Liebe der Arbeiter zur ländlichen Scholle heben und damit die Gründe für die Unru-he, der man doch offenbar zuleibe gehen will, aus der Welt schaffen kann?

Eine andere Regelung des Urlaubs für die Eisenbahnbeamten hat auf verchiedene Genuße hin der preußische Eisenbahnminister eintreten lassen. Bisher war es üblich, daß den über 30 Jahre alten Beamten etwas mehr Urlaub als ihren unter 30 Jahre alten Kollegen gewährt wurde. Diese Alters-grenze ist jetzt auf 45 Jahr herabgesetzt worden, iudag nunmehr Bahnwärter, Wächter, Stranwärter bis zum 45. Lebensjahre 7 Tage, nach dem 45. Lebensjahre 9 Tage Urlaub erhalten; Wagenwärter, Motzenführer, Weichensteller, Gehilfen, Stations-schaffner, Portiers, Rangierführer, Schaffner unter 47 Jahre 9, nach dem 45. Jahre 12 Tage Urlaub; Maschinenwärter, Weichensteller erster Klasse, Rad-meister, Seiger, Maschinenanführer, Bureauangestellte, Fahrartenbruder usw. unter 45 Jahre 9, nach dem 45. Jahre 12 Tage Urlaub; Werkführer, Wagen-meister, Rangiermeister, Lademeister, Aufseher, Unterassistenten, Fahrartenausgeber, Maschinen-wärter usw. bis zum 45. Jahre 10, nach dem 45. Lebensjahre 14 Tage. Dieses Entgegenkommen verdient unbedingt Anerkennung. Zu wünschen wäre aber, daß auch für die Eisenbahnarbeiter ähnliche Vergünstigungen geschaffen würden.

Ein Weihnachts-Angebblatt hat wie alle Jahre der Deutsche Käuferbund herausgegeben. Es hat den Zweck, die Käufer zu ermahnen, rechtzeitig ihre Weihnachtsbestellungen zu machen, um damit iowohl den Angestellten wie auch den Kaufleuten die schwere Zeit vor Weihnachten etwas zu erleich-tern. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß das Geben und Schenken vielen Tausenden harte Plagen bereitet, an denen das Publikum nicht schuldlos ist, weil es sich keine Gedanken über die Folgen seines Zuns gemacht hat. In den Wochen vor dem Feite drängt sich in den Geschäften, in denen Weihnachtsgebende einkaufen werden, eine Fülle von Arbeit zusammen, die für die Kaufleute und Angestellten immer beängstigender wird, je näher die eigentlichen Feittage kommen. Die Käufer können diesen Andrang und die damit verbun-dene Ueberlastung mildern, wenn sie ihre Weh-nachtsbestellungen frühzeitig bestoren. Der Käufer-bund empfiehlt dabei als gute Käuferfritte, Feit-gebende spätestens in der ersten Hälfte des De-zembers zu kaufen, Bestellungen und dergl. aber schon im November aufzugeben. Wer Weihnachts-gebende kauft, muß ferner, wenn es keine Verhält-nisse auch nur einigermaßen gestatten, nicht minder-wertige Waren kaufen. Sehr anabracht ist auch die Mahnung an Leute, die Anzeittelle beschäftigen,

in Aussicht genommene Weihnachtsratifikationen so rechtzeitig zu gewähren, daß die Empfänger noch in Ruhe ihre Weihnachtsbestellungen bestoren können. Beachtung verdient dann auch der Hinweis, daß den Dienstboten und den Geschäftsanzeittellen Mitte Dezember ein paar frühe Taagesstunden frei-gegeben werden müssen, damit sie nicht darauf an-gewiesen sind, ihre Einkäufe während des abend-lichen Gedränges oder am Sonntag zu bestoren.

Wir wollen nur wünschen, daß diese wohlac-meinten und berechtigten Ratifikaee recht viel Be-achtung finden.

Die Produktion der englischen Genossen-schaften. Nach der vom Handelsamte heraus-gegebenen Labour Gazette beschäftigt die eng-lischen Konsumgenossenschaft im Jahre 1911 insgesamt 46 187 Angestellte, denen an Lohn 53 056 758 Mf. gezahlt wurden; der Umfag der Produktion betrug 499 777 803 Mf. Am meisten Arbeiter werden in der Bekleidungsindustrie beschäftigt, nämlich 22 255; es folgen Nabrungs-mittel- und Tabakindustrie mit 13 546, Maurer, Steinbrecher und Holzarbeiter mit 3597, Buch-druckerei mit 1940, Webwaren mit 1763, Seife, Kerzen und Stärke mit 1185, Metallbearbeitung und Schiffbauerei mit 588, verchiedene Industrien mit zusammen 1313 Arbeitern. Den größten Um-fag erzielte die Nabrungsmittel- und Tabakindus-trie mit 385 641 947 Mf.; es folat die Beklei-dungsindustrie mit 60 398 504 Mf., Seife, Kerzen und Stärke mit 18 670 896 Mf., Maurer usw. mit 15 676 971 Mf., Webwaren mit 8 009 713 Mf., Buchdruckerei mit 6 045 193 Mf., Metallbear-beitung mit 2 501 672 Mf., während auf verchiedene Industrien 2 832 907 Mf. entfielen. Die Ar-beitsgenossenschaften fallen weit weniger ins Gewicht. Sie beschäftigen 7222 An-gestellte, zahlten Löhne in Höhe von 7 752 754 Mf. und erzielten einen Umfag von 30 262 220 Mf. Ge-winnbeteiligung hatten 158 Genossenschaften, dar-unter 115 Konsumvereine, einanföhrt, die 15 286 Arbeiter beschäftigen.

Eine Reform der industriellen Friedensgerichte in Luensland. Die Regierung von Luensland strebt eine Abänderung der über Arbeitsstreitigkeiten bestehenden Gerichte an. Vor allem soll das bestehende Gesetz über die Errichtung von Lohn-ämtern aufgehoben und durch ein anderes Gesetz ersetzt werden. Die jetzigen Ämter zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern sollen besser ausgestaltet und gleichseitig soll ein oberes Gericht gebildet werden, an das die Streitigkeiten in zweiter Instanz gehen. Nach dem Entwurf sollen die industriellen Friedensämter mit großen Vollmachten ausgestattet werden. Die Gerichte sollen auch das Recht erhalten, neuen Par-teien, die den richterlichen Anordnungen und Be-schlüssen nicht nachkommen, Geldstrafen zu ver-bhängen. Die Strafen sind sehr hoch: sie können festgesetzt werden auf 10 000 Mf., wenn eine Kor-poration den richterlichen Anordnungen unweid handelt, auf 5000 Mf., wenn ein Arbeitgeber und auf 200 Mf., wenn ein Arbeiter in Vertradt kommt. Bei wiederholter Verletzung richterlicher Beschlüsse und Anordnungen soll neben der Geldstrafe auch noch Gefängnisstrafe zulässig sein. Jede Aus-sperrung und jede Arbeitseinstellung soll unzulässig sein, wenn die Beteiligten den Gerichten vorher keine Aufklärung über die Streitpunkte gegeben haben. Das Gericht kann vor dem Streik oder vor der Ausperrung eine Abstimmung unter den betei-ligten Gruppen vornehmen lassen.

Ob in diesem Gesetzentwurf für die Arbeiter-organisationen nicht auch schwere Bemerkungen ver-borgen liegen, läßt sich von hier aus zunächst schwer beurteilen.

Die 470. Veranstaltung des Vereins für Volks-unterhaltungen findet am Sonntag, den 1. Dezem-ber, abends 7 Uhr im Beethovensaal, Kö-thenerstraße 32 statt. Es werden mitwirken: die Herren Willibald Bergau (Klavier), Robert Zeis-ler (Violine) und Kammer-Virt. Fritz Eipenhahn, (Violoncello), welche Klaviertrios vortragen werden; ferner Herr Matth. von Erdberg (Rezitation), Fräulein Anna Sefle (Gesang).

Die 3. Volksvorstellung der Generalintendan-tur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr im Neuen Königl. Operntheater (Stoll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Fredd und Friß“. Lustspiel in drei Akten von Erdmann-Chatrian.

Der Villetverkauf erfolgt — wie bisher — in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Gewervereins-Zeitung

Berlin. Vor einiger Zeit tagte im Verbands- hause eine vom Geschäftsführenden Ausschuss und der Sozialen Kommission gemeinsam einberufene Ver- sammlung der Ortsvereinsvorstände von Groß-Berlin, um mit dem Vorstände der Humboldt-Aka- demie über Arbeitervorlesungen zu beraten. Die von dieser Versammlung beschlossene Kommission hat mit der Humboldt-Akademie ihre Beratungen abge- schlossen, und jetzt liegt das Ergebnis vor. Die Vor- lesungen beginnen in der zweiten Hälfte des Januar. Folgende Kurse sind zunächst in Aussicht genommen: „Staatsbürgerkunde“ (1. Teil, Dozent Dr. Stille, 2. Teil, Dr. Burdinski) in der Land- wirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 42, Montags abends von 8-10; „Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gegenwart“ (Dozent Stadtschulinspektor Dr. Reimann) Königl. Realgym- nasium, Eichenbühlstr. 57, Montags abends 8-10 Uhr; „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“ (Dozent Karl Schlich) Landwirtschaftl. Hochschule, Donnerstags 8-10; „Verden der deutschen Dichtkunst“ (Dozent Dr. Speltz) Königl. Realgymnasium, Donnerstags 8-10. Die ersten Vor- lesungen beginnen am Montag, den 20., und Donner- stag, den 23. Januar. Die Vorträge sollen in wissen- schaftlicher, aber gemeinverständlicher Form gehalten und durch geeignete Aussprache, Fragestellung, Frage- listen und schriftliche Ausarbeitungen ergänzt werden. Jeder Kursus erstreckt sich über 5 Wochen. Die Hörer- lätze für jeden Kursus kosten 2 Mk., wovon die Hörer selbst nur 1 Mk. zu bezahlen brauchen. Wer sich ver- pflichtet, an einem Kursus teilzunehmen, muß natür- lich auch alle Vorlesungen besuchen.

Mit der Einrichtung dieser Kurse wird ein in den Berliner Ortsvereine häufig geäußertes Wunsch er- füllt. Deshalb darf aber wohl nun auch damit ge- rednet werden, daß die Kollegen von Berlin und Um- gegend von der gebotenen Bildungsgelegenheit recht ausgiebigen Gebrauch machen. In den Ortsvereinen wird auf die Kurse in diesen Wochen verschiedentlich hingewiesen werden. Wir bitten die Kollegen dringend, sich zahlreich zu melden, da bis zum 13. Januar die Ortsvereine die Namen der Teilnehmer angeben müssen. Selbstverständlich ist, daß auch Angehörige und Freunde von Gewervereinskollegen die Berechti- gung zur Teilnahme an den Vorträgen haben.

Wien a. N. Die allgemeine Bewegung der Metallarbeiter im Köln-Mülheimer Industriegebiet befaßt die Verteilung der Arbeitszeit ist nunmehr abge- schlossen. In monatelanger Arbeit waren die Metall- arbeiter bestraft, die Arbeitszeit allgemein zeitgemäß zu regeln, mit dem Erfolge, daß in 60 Betrieben mit 18 502 Arbeitern die Arbeitszeit um 1/4-3/8 Stunden die Woche vermindert wurde. 20 Betriebe mit 1543 Ar- beitern arbeiten jetzt 56 Stunden, 22 Betriebe mit 5475 Arbeitern 56 1/2 Stunden, 27 Betriebe mit 57 1/2 Stunden 57 Stunden. In den Betrieben mit 57 1/2- stündiger Arbeitszeit wurde den Arbeitern mittags und abends eine kurze Pause und Mittagspause ausgetan- den. In allen Betrieben wurde für die Verteilung der Ar- beitszeit ein entsprechender Lohnausgleich ge- währt, so daß die Arbeiter ihren bisherigen Verdienst erzielen. Arbeitsunterstützung werden bei Lohn- so- wie Arbeitsarbeiten bezahlt, für die drei ersten Ueber- stunden 12 Pf., von der vierten Stunde ab 15 Pf. und für Sonntagsarbeit 20 Pf. Für Nacht-Be- schäftigung wird fast ausnahmslos 80 Pf. Zuschlag pro Schicht gezahlt. In 45 Betrieben wurden die Zu-

schläge für Ueberstunden neu eingeführt. 10 Betriebe zahlten vor der Bewegung für Ueberstunden und Son- tagsarbeit 10 Pf. Zuschlag pro Stunde. In 11 Be- trieben bewegte sich der Zuschlag für Ueberstunden zwischen 10-25 Prozent. Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit bestanden vor der Bewegung fast in keinem Betriebe. In 53 Betrieben wurde die Frei- tagsabstimmung neu eingeführt. Auch wurde in allen Betrieben die wöchentliche Lohnzahlung erreicht. Da, wo eine Woche Arbeitslohn gezahlt wird, wurde dieser Abschlag dem Durchschnittsbedienstet der Woche angepaßt.

Die Bewegung wurde im allgemeinen ohne größere Kämpfe durchgeführt. Nur bei 9 Firmen ist es zu kurzen erzieul. Differenzen gekommen. Besonders die Eingetret der beteiligten Organisationen sowie ihr be- sonnenes Vorgehen haben den bedeutenden Erfolg beigetragen. Soll derselbe den Arbeitern nicht wieder allmählich streitig gemacht werden, dann ist auch fern- hin Einigkeit und Geselligkeit unbedingt notwendig. Die während der Bewegung recht zahlreich der Or- ganisation beigetretenen Mitglieder müssen treu fei- halten an der Organisation und bestrebt sein, eifrig mitzuarbeiten. Den Unorganisierten rufen wir zu: Ginein in die Organisation! Nur durch die Organi- sation können bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt und den Arbeitern erhalten werden.

Verbands-Zeitung

Veranstaltungen

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewer- vereine (G. V.). Verbandshaus der Deutschen Gewer- vereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 27. Nov., abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Kollegen Parat über: „Die Reform des Arbeitsrechts“. Gäste herzlich willkommen. — **Gewervereins-Liebertafel (G. V.).** Jeden Donner- stag, abds. 9-11 Uhr Uebungstunde i. Verbands- hause d. Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste will- kommen, abends 8 Uhr. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr bei Gutzeit, Besprechung über die nächstjährige Weib- nachtsbesicherung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Ortsvereins-Vor- sitz, Fruchtstr. 36 a. 1. Mitteil- ungen. 2. Festlich des gesamten Vorstandes. Anschließend herrenabend. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter V.** Abds 8 1/2 Uhr Versammlung b. Schumacher, Sallstr. 126. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbesicherung. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Krull, Rühlstr. 51. Vorstandswahl. Letzte Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbesicherung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung. Bericht. 31. Neuwahl des Vorstandes. Unterhaltungsgehe. Geselliges. An- meldung d. Kinder zur Weihnachtsbesicherung. Am 27. Nov., abends 8 1/2 Uhr Vorstandswahl, Gerichtstr. 71. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Besichtigung d. Anst. für Obdach- lose um 1/8 Uhr. Versammlung im Hofe von Burg, Kaufstr. 6. Freizeitarbeit um 6 1/2 Uhr. Sonntag, 1. Dezember, vormittags von 11-12 Uhr Jahrlag im Nordwest-Park, Invalidenstr. 55-56. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbesicherung.

Orts- und Regionalverbände

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Mo- nat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung im Burghof, Wesel-

str. 10. — **Bremen (Distriktsrat).** Jeden Donnerstag abds. 9 Uhr bei Burghof, Weselstr. 21-23. — **Cottbus (Distriktsrat).** Sitzung jeden 2. u. 4. Don- nerstag im Monat bei Hofmann, Sadowstr. 42. — **Dessau. Gewervereins-Liebertafel** jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr Uebungstunde i. Vereins- hause, Hofstr. 29. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr Sitzung i. Verbands- hause, Kurfürststr. 29. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggen- kämpfer, Eberfeld, Luffenstr. und Erholungstr. 6. — **Frankfurt a. O. (Gewervereins-Liebertafel).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Uebungstunde im Vereinslokal, Richterstr. 16. Verbandskollegen herz- lich willkommen! — **Geisenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverbands-Vertreter- versammlung im Vereinslokal von E. Simon, Alter Markt. — **Haarlem b. Nauen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterabend bei Budewig. — **Halle a. S. (Ortsverband).** Erster Diskussionsabend am 30. November, abends 8 1/2 Uhr im „Partyschöpfung“ Anhalterstr. 11. Vortrag des Kol. Wagner über: „Die Lederfabrikation“. Gewervereinskollegen herzlich will- kommen. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Viehpf“, Lagerstr. 2. Diskussionsabend. — **Hamburg (Gewervereins-Liebertafel).** Jeden Donnerstag Uebungstunde. 1. Thöner in Altona, Elmblücherstr. 48-50. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Monatsvers. der Jugendabst. am Sonntag nach dem 15. eines jed. Monats morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmetz. — **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Witwe Bllh. Ruhe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. — **Hershorn (Distriktsrat)** jeden 2. Mittwoch bei Hlph. — **Leipzig (Gewervereins-Liebertafel).** Die Uebungstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereins- lokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mülheim a. Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreter- Sitzung im Verbands- lokal bei Herrn Johann Müller, Sandstr. 38. — **Tietzin (Sängerchor d. Gewervereine).** Die Uebungstunde, finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Post- str. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich will- kommen. — **Zegel (Distriktsrat)** bei Zegel, Vorgraben u. Reinick- dorf. Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Römer, Soltepestr. 28, Ecke Schönebergerstr. — **Thorn (Väcker).** Jeden Sonntag nach dem 1. Orts- vereinsversammlung bei Nicolet, Mauerstr. 62. — **Weißensee a. S. (Besangsabteilung der Gewer- vereine).** Uebungstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstr. 6. Gesangslebende Gewervereinskollegen sind willkommen. — **Weißensee (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskussionsabend in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Abeintal“.

Literatur

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke nicht vor- behalten. Rückführung erfolgt nicht. **Berichtsreihe der in deutscher Sprache verfassten gewerkschaftlichen Literatur.** Im Auftrag der Gene- ralkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu- sammengestellt von Johann Gassenbach, Nachtrag zur 4. Ausgabe (August 1910). Erschienen im Oktober 1912. Preis 40 Pf. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Kommissionsverlag: Buch- handlung Nordwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewervereine Gross-Berlin

Sonntag, d. 1. Dezember 1912, abds. 6 1/2 Uhr im Verbands- hause der Deutschen Gewervereine Berlin NO 55, Greifswalder Str. 221 (grosser Saal)

Ado Conrad-Abend

111 Minuten Frohsinn, Kunst u. Heiterkeit.

Im Anschluß hieran gemütliches Beisammensitzen und Tanz

Eintrittskarten zu 80 Pf. inkl. Tanz sind in allen Bureaus und bei den Ortsvereins- kassierern zu haben.

Schramberg (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen erhalten 70 Pf. Unter- stützung b. Robert Egenter, Schramberg, Uhländstr. 18.

Sohemundsen (Ortsverband). Durch- reisende Kollegen jeden Be- rufes erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen Rohl, Nordstr. 10

Hoff I. 2. Für Durchreisende Unter- stützung und Herberge bei August Müller, Frucht- str. 6.

Mathesow (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsbescheid beim Kassierer S. Wieland, Fruchtstr. 61 III.

Hannover-Linden und Um- gegend (Ortsverband). Durch- reisende Gewervereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Verpflegungskarten hierzu b. Albert Pieper, Braunstr. 12 II.

Hofen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pf. Unter- stützung; zu erhalten ist diesbe- bei den Ortsvereins- kassierern und bei Friedrich Schlich, Berlinerstr. 19.

Schmidlin (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewervereinskollegen wird für Nachtquartier eine Unter- stützung von 60 Pf. gezahlt. Karten- ausgabe bei E. Tragsdorf, Bachstr. 2.

Spandau (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen aller Berufe er- halten ein Ortsverbandsbescheid von 75 Pf. im Lokal von R. Schöneberath, Mollstr. 6. — **Wilmersdorf.** Durchreisende Kollegen beim Kassierer W. Saage, Müllerstr. 7. Arbeitsnachweis bei Angermann, Lindenstr. 8 (Restaurant).

Rowaves. Ortsverbands- bescheid für durchreisende Kollegen beim Kassierer W. Saage, Müllerstr. 7. Arbeitsnachweis bei Angermann, Lindenstr. 8 (Restaurant).

Neu erschienen und vom Verbandsbureau zu beziehen sind die Broschüren:

Was der Arbeiter von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen muß. Vom Verbandsredakteur Leonor Lewin.

Meine Ansprüche aus der Unfallversicherungsgesetzgebung. Vom Verbandssekretär Anton Erkelenz.

Rechte und Pflichten aus der Kranken- versicherung in der Reichsversicherungs- ordnung.

Vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt.

Jeder Gewervereiner sollte schon im eigenen Interesse sich in den Besitz dieser Schriften setzen. Preis pro Exemplar 10 Pf. 10 Stück kosten 2,50 Mk., 20 Stück 4,75 Mk. Bestellungen sind unter gleichzei- tiger Einbindung des Betrages zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/28.

Preuzlau (Ortsverb.). Durch- reisende arbeitslose Kollegen er- halten 75 Pf. Ortsbescheid bei Witt, Wittstr. 642.

Edin und Wälsheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewer- vereinsbureau, Severstr. 118 I.

Jena (Ortsverband). Durch- reisende erhalten 75 Pf. Unter- stützung bei Carl Müller, Greif- gasse 2, Ecke Oberlaunagasse.

Potsdam (Ortsverb.). Durch- reisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsbescheid bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.